

extrakt



Seite 3: Agroökologie – Saad Dagher's Projekte

Seite 4: Zur Verhaftung von Ezra Nawi

Seite 4: Neues aus der Kampagne: neue Geschäftsleitung

Olivenöl aus Palästina

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser

Sie halten das 22. extrakt in der Hand, die Freiwilligen werden dieses Jahr zum 15. Mal an Verkaufsständen stehen. Nie hätten wir uns diese Beständigkeit bei der Gründung der Kampagne Olivenöl träumen lassen – aber auch nicht, wie weit sich die Situation in Israel und Palästina verschlechtern würde. Israel driftet weiter nach rechts, die Menschen in Palästina ringen ums Überleben. Davon ist in dieser Ausgabe die Rede.

Die Kampagne Olivenöl macht weiter, hat eine neue Geschäftsführung. Sie werden das motivierte Duo sicher bald kennen und schätzen lernen. Doch leider ist der Neubeginn auch mit einem Abschied verbunden. Anna Bürgi und Hans Leuenberger hatten gemeinsam entschieden, die Anstellung auf Ende 2015 zu kündigen. Manche unter Ihnen werden die beiden vermissen, auch Anna und Hans werden wohl einige der Freiwilligen fehlen. Für den Moment gilt es jedoch, herzlich zu danken für die profilierte und kompetente Geschäftsführung über gut drei Jahre. Und dann noch ein kleiner Trost: Hans und Anna bleiben der Kampagne erhalten, als Mitglieder und Freiwillige.

Anjuska Weil

Transparenzgesetz oder Spiessrutenlaufen ?



Protest gegen das Transparenzgesetz

In Israel befindet sich zurzeit ein Gesetzesentwurf in Diskussion, nach welchem Nichtregierungsorganisationen (NGOs) verpflichtet werden sollen, ihre finanziellen Zuwendungen, die sie von ausländischen Regierungen bekommen, offenzulegen. NGOs, die von ausländischen Privatpersonen oder Stiftungen finanziert werden, sind von dieser Verpflichtung ausgeschlossen.

Das eigentliche Ziel dieser Vorlage ist es, offensichtlich kritische NGOs zu kennzeichnen und zum Schweigen zu bringen.

Die Scheinheiligkeit dieses Entwurfes besteht darin, dass nur diese NGOs gezeichnet werden sollen, bei denen ausländische Regierungen deren Arbeit unterstützen. Es geht sozusagen darum,

Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

dass sich Regierungen im Ausland nicht in innerisraelische Belange «einmischen» sollten. Bei ausländischen Millionären und Stiftungen, die die israelische Rechte unterstützen, besteht offensichtlich nicht die geringste «Einmischungsgefahr»!

Angesichts mörderischer Attacken in Israel und Palästina seit Monaten ist die israelische Regierung nicht an der Suche nach Lösungen interessiert, sondern versucht, kritische Organisationen zum Schweigen zu bringen. Die rechtsgerichtete Justizministerin Ayelet Shaket (Israel Beiteinu / Das ist unser Haus) will ein Gesetz realisieren, welches die öffentliche Diskussion über die Besatzung, Rassismus, Diskriminierung der arabischen Minderheit gegenüber und die Verletzung palästinensischer Menschenrechte, der Nichtbeachtung von Menschenrechten und die Unterdrückung von PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten zum Schweigen bringt.

Unter dem Deckmantel der Transparenz stimmte die Regierung einem Gesetz zu, das NGOs, die in der Öffentlichkeit wirken, zwingen soll, vor jeder schriftlichen oder mündlichen Erklärung offenzulegen, ob sie aus dem Ausland Gelder für ihre Aktivitäten erhalten und von wem genau. Zudem sollen ihre VertreterInnen bei Besuchen in der Knesset einen speziellen Identifikations-Badge tragen, mit dem sie entsprechend gekennzeichnet sind. Dadurch wird die Freiheit zur Kritik an der Regierung beeinträchtigt. Mittlerweile wurde auf das Tragen des Badges verzichtet.

Besonders davon betroffen sind z.B. Breaking the Silence, B'Tselem, das Komitee gegen die Hauszerstörungen, Machsom Watch, das Komitee gegen

Folter und jenes für bürgerliche Rechte wie auch Zochrot, die an die 1948 zerstörten arabischen Dörfer erinnern. Es ist ein einseitiges und politisches Gesetz. Davon nicht betroffen sind Organisationen, welche grosse Beiträge von wohlhabenden Privatpersonen und Firmen, verdeckt vor der Öffentlichkeit, aus dem Ausland erhalten.

Das Gesetz ist massgeschneidert, um z.B. Breaking the Silence zum Schweigen zu bringen und ihnen zu schaden. Ginge es um die Verbesserung der Transparenz, so würden darin alle NGOs gleich behandelt.

Die öffentliche Debatte in Israel zeigt, dass die Finanzierung von Organisationen durch ausländische Regierungen transparent sind. Die Identität der GeldgeberInnen wird durch die Behörde der Zusammenarbeit des Justizministeriums publiziert und erscheint auf den Websites dieser Organisationen.

Transparenz existiert, wie gesetzlich vorgeschrieben, bereits. Das neue Gesetz ist also unnötig.

Das ist die Delegitimierung von Organisationen, welche die Regierung und ihre Aktivitäten herausfordern.

Nicht gemeint sind «ausländische Regierungen», die freundschaftlich mit Israel sind, wie die USA und einzelne europäische Staaten, welche kulturelle Institutionen, Universitäten und die israelische Armee unterstützen. Eine solche Spende ist kein Badge der Scham, sondern bringt die gemeinsamen Werte für Demokratie und Menschenrechte zum Ausdruck ...

Treffend äussern sich zwei AutorInnen-Vereinigungen: «Mit grosser Sorge haben das deutsche PEN-Zentrum und

das Deutschschweizer PEN-Zentrum (DSPZ) Kenntnis von dem am 27.12.2015 von der israelischen Regierung gebilligten Gesetzesentwurf Kenntnis genommen, wonach die Arbeit regierungskritischer NGO massiv eingeschränkt und behindert werden kann. Selbstverständlich hat Israel wie jeder demokratische Staat das Recht, gegen Einzelpersonen und Gruppen Massnahmen zu ergreifen, die die Verfassung, die Verteidigungsfähigkeit oder die Sicherheit des Staates bedrohen. Der vorliegende Gesetzesentwurf gibt jedoch Grund zur Befürchtung, dass das Gesetz vor allem dazu dienen wird, die Arbeit regierungskritischer Organisationen zu erschweren und zu verhindern. Während nämlich kritische, «linksgerichtete» NGOs, die öffentliche Fördermittel aus dem Ausland erhalten, verschärften Kontrollen unterliegen sollen, gilt dies nicht für «rechtsgerichtete» Gruppen, die ihre Spenden oftmals auch aus dem Ausland, aber in der Regel von privaten Sponsoren erhalten.»

Am 8. Februar wurde der unselige Gesetzesentwurf in der Knesset beraten und erzielte in der ersten Lesung eine knappe Mehrheit von 50 zu 43 Stimmen. Möge es vor allem nach der dritten Lesung scheitern.

Basis für diesen Beitrag bildet ein Artikel von Tali Nir, einer israelischen Juristin, erschienen am 27.12.15 unter <http://www.ynetnews.com/articles/0,7340,L-4744688,00.html>

Jochi Weil

Agrarökologie – es geht um soziale Gerechtigkeit



Saad Dagher kämpft seit Jahrzehnten für eine ökologische und soziale Landwirtschaft in Palästina. Nun hat er ein Dorf gefunden, wo er seine Visionen umsetzen will. Der Fotojournalist Klaus Petrus hat sich mit Saad dort getroffen.

In Farkha soll alles beginnen

«Der Boden ist unsere Grundlage, er ist alles, was wir haben. Darauf müssen wir bauen.» Wir sind in Farkha, einem kleinen Dorf im Norden der Westbank, und Saad Dagher ist voll in seinem Element. «Es hat fünfzehn Jahre gedauert, bis ich in Farkha gefunden habe, wonach ich suchte: eine Handvoll Gärten und vor allem Menschen, die meine Vision teilen.» Saads Vision heisst: Agrarökologie. Dahinter steht eine ganze Wissenschaft, eine Praxis des Landanbaus, ja sogar eine weltweite soziale Bewegung. Ihr Ziel: gesunde und ökologisch nachhaltige Nahrung für alle. In diesem Fall: für die palästinensische Bevölkerung. Und in Farkha soll, wenn es nach Saad geht, alles seinen Anfang nehmen.

Bio ist nicht alles

«Immer mehr Menschen wollen gesund essen. Nur: Die meisten Nahrungsmittel, die bei uns auf dem Markt oder im Laden landen, stammen aus konventionellem Anbau voller Chemikalien.» Mit schlim-

men Folgen, wie Saad betont. So könne man im Jordantal ganze Felder gar nicht mehr bewirtschaften, die Erde sei wie Asche: tot. Davon abgesehen werde der konventionelle Anbau für die Kleinbauern immer teurer. Für 1000 m² Land müsse man heute Chemikalien im Wert von 25000 Schweizer Franken einkaufen.

Ist Bio die Alternative? Saad, früher ein Pionier der biologischen Landwirtschaft in Palästina, ist inzwischen skeptisch geworden. «Auch die Produktion von Lebensmitteln nach biologischen Stan-

dards nutzt man das Wissen der lokalen Bevölkerung über die biologische Vielfalt. Das sei, so Saad, erstens viel günstiger und zweitens ertragsreicher. Ob letzteres wirklich zutrifft, ist ein strittiger Punkt. Saad verweist auf die eigene Erfahrung und auf Untersuchungen, denen zufolge sich die Erträge innerhalb von drei bis zehn Jahren verdoppelt haben. «Es braucht aber noch mehr Studien», räumt Saad ein. Umso wichtiger sei die Unterstützung agrarökologischer Projekte wie jenes in Farkha durch den Verein Kampagne Olivenöl.



Das Ganze in den Blick nehmen: Karton gibt es in Palästina tonnenweise und landet auf den Mülldeponien. In Farkhas Gärten wird Karton nach agrarökologischen Prinzipien kompostiert.

dards ist teuer. Viele Bauern können sich das gar nicht leisten. Wie sich im Übrigen ein Grossteil der palästinensischen Bevölkerung Bio-Produkte nicht leisten kann. Deshalb werden sie ins Ausland exportiert.» Das Problem sei die Zertifizierung. Sie biete den Bauern zwar eine gewisse Garantie, doch das Prozedere dahinter würde sehr viel Geld und Zeit kosten, sagt Saad.

Anders im agrarökologischen Modell: Statt auf Zertifikate setzt man hier auf das Vertrauen zwischen Produzenten und Konsumenten. Und statt Mineral-

Letztlich sei gesundes, nachhaltiges und erschwingliches Essen eine Sache der sozialen Gerechtigkeit. «Und dafür werde ich den Rest meines Lebens kämpfen», sagt Saad auf dem Rückweg nach Mazari' Al-Nobani, einem Dorf unweit von Ramallah. Dort ist Saad Dagher aufgewachsen. Und dort wird er sich in Bälde ein Haus bauen und seine Vision der Agrarökologie in die Tat umsetzen. Seine kleine Farm steht bereits. Sie heisst: «Der menschliche Bauernhof».

Text und Fotos von Klaus Petrus

Zur Verhaftung des Friedensaktivisten Ezra Nawi



Protest gegen die Verhaftung Ezra Nawis vor dem Gerichtsgebäude

Der bekannte israelische Menschenrechts- und Friedensaktivist Ezra Nawi wurde von der israelischen Polizei am 9.1.16 verhaftet. Er spielt eine unverzichtbare Rolle im Kampf um das Überleben der palästinensischen Dörfer in den Hügeln von Südhebron.

Er wurde in Präventivhaft gesetzt und sein Anwalt konnte ihn während einiger Tage nicht besuchen. Nach einer Woche steht er immer noch unter «fabrizierten» Anschuldigungen. Das Gericht verhängte zudem eine Nachrichtensperre, um den Zugang zu Informationen zu unterbinden.

Miriam Victory Spiegel und Jochi Weil haben Ezra Nawi im Jahre 2013 bei einem Besuch im Süden von Hebron persönlich etwas kennengelernt und bewundern seine konkrete Arbeit, die er mit Hartnäckigkeit seit vielen Jahren ausführt. Er bat uns dabei um finanzielle Unterstützung für den Kauf eines neuen Geländewagens, was angesichts der hügeligen und steinigen Gegend kein

Luxus ist. Circa ein halbes Jahr später begannen wir mit der Umsetzung des Wunsches von Ezra und ersuchten in unserem Freundes- und Bekanntenkreis um Spenden, welche auf das Postkonto der Kampagne Olivenöl überwiesen werden konnten. So kam die stattliche Summe von über CHF 11 000.– zusammen, die überwiesen wurde. Im vergangenen Jahr ergaben sich zusätzlich CHF 3000.–, diesmal für den Unterhalt des neuen Wagens.

Wir freuen uns über die Solidarität, die Ezra in Israel und im Ausland erleben darf, z.B. von der Jewish Voice for Peace JVJP in den USA. Dieser aufrichtig wirkende Mann verdient unsere Hochachtung.

Nachtrag: Ezra wurde am 29.1. wieder freigelassen. Die Polizei versuchte noch in mehreren Beschwerden vor Gericht eine strikte Einschränkung der Bewegungsfreiheit zu erreichen, ist damit aber bislang gescheitert.

Jochi Weil

Neues aus der Kampagne

Und wieder gibt es etwas zum Thema Personalien zu berichten: Seit Anfang dieses Jahres ist die Geschäftsleitung der Kampagne neu besetzt. Übernommen haben diese Anita Meister Ribeiro aus Delémont und Rolf Zopfi aus Zürich. Anita Meister Ribeiro war bisher vor allem in der Struktur der Weltläden in der Westschweiz tätig, Rolf Zopfi hingegen hauptsächlich im Bereich der Menschenrechtsarbeit.



Wir freuen uns darauf, möglichst bald die Mitglieder des Vereins kennenzulernen und mit einer guten und offenen Zusammenarbeit die Arbeit weiterzuführen.

Anita Meister Ribeiro und Rolf Zopfi

IMPRESSUM

Verantwortlich: Anita Meister Ribeiro, Rolf Zopfi und Joseph Haas; Korrektorat: Helen Gysin
Druck: Caritas Schweiz

Verein Kampagne Olivenöl aus Palästina
Postfach 8164, 8036 Zürich
Tel. 032 513 75 17
www.olivenoel-palaestina.ch
kampagne@olivenoel-palaestina.ch
PC-Konto 87-57191-7